

Kurzfassung Regionsbefragung Natur Urban: **Wie Regionen nachhaltige und klimaangepasste Gewerbegebiete unterstützen können**

Ausgangspunkt und Zielsetzung

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit geförderten Projekts „Natur Urban – Gewerbegebiete im Klimawandel“ wurde eine regionsübergreifende Befragung durchgeführt. Ziel war es, ein besseres Verständnis dafür zu gewinnen, wie regionale Akteure zentrale Einfluss- und Erfolgsfaktoren für nachhaltige und klimaangepasste Gewerbegebiete einschätzen, wie die Regionen organisatorisch und inhaltlich aufgestellt sind und welche Lernpotenziale sich daraus für die regionale Ebene ableiten lassen. Auf dieser Grundlage werden musterhafte Handlungsempfehlungen als erster Orientierungsrahmen für Regionen formuliert.

Vorgehen und Teilnehmende

Die Befragung wurde als explorative Expertenbefragung umgesetzt und basiert auf einer strukturierten Befragungstabelle, die Aktivitäten und Rahmenbedingungen systematisch erfassen und zwischen Regionen vergleichbar machen soll. Die Befragung umfasste dabei zwei Teile:

- Teil A: Einschätzung der grundsätzlichen Bedeutung/Wirkung zentraler Faktoren (unabhängig von der konkreten Ausprägung in der Region).
- Teil B: Beschreibung der konkreten Ausprägung, der bisherigen Wirksamkeit sowie benannter Entwicklungshebel in der jeweiligen Region.

Befragt wurden Vertreter*innen aus acht regionalen Institutionen, u. a. regionale Wirtschaftsförderungen und Regional-/Planungsverbände (AGIT, Metropolregion Rhein-Neckar, Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, Regionalverband Nordschwarzwald, Verband Region Karlsruhe, Wirtschaftsförderung Region Hannover, Wirtschaftsförderung Region Stuttgart, Zukunftsinitiative Klima.Werk).



1. Viele Einflussfaktoren sind relevant – aber nur teilweise regional steuerbar.

Die Befragten bewerten ein breites Spektrum an Rahmenbedingungen (z. B. Wirtschafts- und Finanzkraft, Strukturwandel, Flächendruck, Klimabetroffenheit) als prägend für die Entwicklung nachhaltiger und klimaangepasster Gewerbegebiete. Für einen regionalen Handlungsrahmen ist jedoch weniger entscheidend, dass viele Faktoren grundsätzlich relevant sind, sondern wo auf regionaler Ebene konkrete Handlungsmöglichkeiten bestehen. Zudem wird deutlich, dass einige Rahmenbedingungen ambivalent wirken können (teils fördernd, teils hemmend) und dass regionale Strategien und politisches Commitment zwar Orientierung schaffen aber erst Wirkung entfalten, wenn sie verbindlich ausgestaltet und mit klaren Zuständigkeiten, Ressourcen und Umsetzungsinstrumenten unterlegt sind.

2. Die größten regionalen Hebel liegen in Unterstützung, Koordination, Vernetzung, Transfer und Verstetigung.

Übergreifend zeigt sich, dass Regionen ihre Rolle weniger im Setzen neuer Zielbilder sehen, sondern vor allem in umsetzungsnaher Unterstützung (z. B. Beratung, Projekte, personelle Unterstützung), Koordination und Lotsenfunktion. Besonders hohe Einigkeit besteht bei der Bedeutung regionaler Vernetzung: Vernetzung wird als Mittel gesehen, knappe Ressourcen effizient einzusetzen, Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zwischen Kommunen, Wirtschaft und weiteren Akteuren zu nutzen.

3. Breitenwirkung entsteht nicht automatisch: Transfer erfordert systematische Übersetzung in die Praxis.

Die Analyse der regionalen Projekt- und Aktivitätskulissen zeigt vielfach punktuelle, projektbezogene Ansätze, die häufig von engagierten Einzelakteuren getragen sind. Pilot- und Modellprojekte, Beratungsangebote, Netzwerke, Förderansätze und Veranstaltungen werden zwar als hilfreich beschrieben, ihre Reichweite bleibt jedoch häufig begrenzt, wenn Transfer, Verstetigung, institutionelle Verankerung und ausreichende Ressourcen fehlen. Transfer in die Breite erfordert daher zusätzliche Strukturen, die erfolgreiche Ansätze systematisch dokumentieren, übertragbar aufbereiten und in die kommunale Praxis übersetzen.

4. Die regionale Ebene ist in der Regel nicht unmittelbare Umsetzungsebene – sondern strukturierende Unterstützungsinstanz.

Ein zentrales Ergebnis besteht darin, dass die konkrete Umsetzung von Maßnahmen in Gewerbegebieten vor allem bei Kommunen und Unternehmen liegt. Da Regionen in der Regel nicht über eigene Flächen verfügen und viele Gewerbeflächen zudem in privatem Eigentum sind, wird der regionale Beitrag insbesondere in einer vermittelnden, unterstützenden, impulsgebenden und strukturierenden Rolle gesehen (Wissen bündeln, Akteure zusammenführen, Beratungs- und Förderzugänge erleichtern, Projekte initiieren, den Transfer erfolgreicher Ansätze organisieren sowie Kommunen bei der Unternehmensansprache entlasten).

Acht Handlungsempfehlungen für die regionale Ebene

Aus den Befunden lassen sich folgende Bausteine ableiten, an denen Regionen ihre eigenen Strategien und Unterstützungsansätze ausrichten oder weiterentwickeln können.

1. Klare Zuständigkeiten und Koordination schaffen

Damit die Zusammenarbeit reibungslos funktioniert, sollten regionale Zuständigkeiten klar geregelt sein. Feste Koordinationsstrukturen und Ansprechpersonen sorgen für verlässliche Abläufe und erleichtern die Abstimmung. Wichtig sind außerdem gut abgestimmte Schnittstellen zwischen Planung, Wirtschaftsförderung, IHKs, Klimaanpassung und weiteren beteiligten Stellen.

2. Kommunen gezielt beraten und entlasten

Beratungsangebote sollten gebündelt, standardisiert und möglichst leicht zugänglich sein. Sinnvoll sind zentrale Anlaufstellen oder Kümmerer*innen, die Kommunen bei Planung, Förderung und Umsetzung begleiten.

3. Projekte auf Transfer und Verstetigung ausrichten

Erfolgreiche Modellvorhaben sollten dokumentiert, ausgewertet und so aufbereitet werden, dass andere Kommunen diese übernehmen oder anpassen können.

4. Daten für Planung und Monitoring verbessern

Gebietsbezogene Daten zu Hitze, Starkregen, Versiegelung, Grünflächen oder Wasserhaushalt sollten auf regionaler Ebene aufbereitet werden, um die Priorisierung, Begründung und Erfolgskontrolle von Maßnahmen zu erleichtern.

5. Austausch mit Praxisbezug organisieren

Regelmäßige, thematisch fokussierte Netzwerke und Werkstätten helfen, Erfahrungen zwischen Kommunen, Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Verwaltung auszutauschen.

6. Förderzugänge vereinfachen und Finanzierung sichern

Förderinformationen sollten durch die regionale Ebene aufbereitet und dadurch für Kommunen leicht auffindbar sein. Eigene Förderansätze sollten niederschwellig zugänglich, einfach auffindbar und verlässlich nutzbar sein.

7. Politische Verbindlichkeit stärken

Gemeinsam mit Kommunen erarbeitete Leitbilder und Positionspapiere entfalten vor allem dann Wirkung, wenn sie mit klaren Zielen, Zuständigkeiten, Ressourcen und Umsetzungsinstrumenten verbunden werden.

8. Strukturwandel als Chance nutzen

Wirtschaftliche Transformationsprozesse bieten die Chance, Flächeneffizienz und Klimaanpassung bei der (Weiter-)Entwicklung von Gewerbegebieten frühzeitig über kommunale Grenzen hinweg mitzudenken.



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

